

Gruppe CDU / FDP

im Rat der Stadt Hildesheim

Gruppenantrag	Vorlage-Nr: 14/099	
Federführend: CDU-Fraktion	Status: öffentlich Datum: 28.02.2014 Verfasser/in: Kellner, Johannes	
Auf Antrag der CDU / FDP-Gruppe: Kostenermittlung für städtische Fahrradstellplätze am Nordausgang des Hauptbahnhofes		
Beratungsfolge:		
Datum	Gremium	Zuständigkeit
12.03.2014	Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen, Umwelt und Verkehr	Vorberatung
17.03.2014	Verwaltungsausschuss	Entscheidung

Sachverhalt:

Die Anwohner der Nordstadt haben sich – unter Hinzuziehung von Fachleuten – in mehreren Workshops auf eine Konzeption zu einer adäquaten Gestaltung des Nordausganges des Bahnhofs verständigt. Grundlage war dabei eine Untersuchung von Studierenden der HAWK, die insbesondere den erheblichen Fußgänger-, Fahrrad- und Fahrzeugverkehr an dieser Schaltstelle beobachtet und datenmäßig erfasst hat.

In seiner Sitzung am 27.02.2014 hat der Ortsrat Nordstadt die Überlegungen ausdrücklich begrüßt, sowie den im Rat beschlossenen Mitteleinsatz von 20.000,- Euro für die Verschönerung des Zugangs.

Weiterhin hat er sich einstimmig dafür ausgesprochen, dass am Nordausgang des Hauptbahnhofes zusätzliche Fahrradstellplätze errichtet werden sollen. Angesichts der vielen wild abgestellten Räder muss etwa von einer Verdoppelung der Plätze ausgegangen werden. Aus Gründen der Mobilität und des Modal Split, verbunden mit dem Ziel, die Stadt für Fahrradfahrer attraktiver zu gestalten, sieht auch die CDU / FDP-Gruppe im Rat der Stadt Hildesheim die Erweiterung der Fahrradstellplätze als wesentliche Baustein des neuen Konzeptes an.

Im Hinblick auf einen sparsamen Kosteneinsatz bietet es sich an, diese Plätze am nordöstlichen Ende des Bürgersteiges einzurichten, der derzeit mit Pfählen von der Straße abgetrennt ist und somit einen toten Winkel bildet. Möglicherweise ist die Fläche sogar geeignet, um sowohl einen angemessenen Behindertenparkplatz als auch die notwendigen Fahrradstellplätze unterzubringen.

Die CDU / FDP-Gruppe möchte deshalb gerne den Beschluss des Ortsrates aufnehmen und beantragt, dass die Stadtverwaltung die zusätzlichen Kosten für die Fahrradstellplätze und die Verlegung des Behindertenparkplatzes ermittelt, damit ein komplettes Konzept verwirklicht werden kann.

Da die Bahn in Aussicht gestellt hat, sich in diesem Zuge auch mit einer Modernisierung des Eingangsportals zu beteiligen, wäre es zielführend, die Kosten zwischenzeitlich mitzuteilen, damit in der folgenden StEBA-Sitzung im Mai dann das komplette Konzept zur Diskussion und zur Abstimmung stehen kann. Je länger das Verfahren dauert, umso unwahrscheinlicher wird eine finanzielle Beteiligung der Bahn.

Beschlussvorschlag:

- 1.) Die Stadtverwaltung ermittelt die Kosten für die Einrichtung der erforderlichen Fahrradabstellplätze und für einen Behindertenparkplatz.
- 2.) Die Ratsgremien werden zwischenzeitlich schriftlich von der Kostenermittlung informiert, damit bis zum Mai ein komplettes Konzept zur Beratung und Entscheidung vorliegt.

Anlage/n